

Frauenetz will «Vielfalt in der Politik»

Beteiligung Um den Frauenanteil in politischen Gremien zu erhöhen, startet das Frauenetz ein neues Projekt. Die Unterstützung der öffentlichen Hand bleibt bislang noch aus.

Landesweit beträgt der Frauenanteil in den Gemeinderäten lediglich 17,3 Prozent. Im Landtag sind gar nur 12 Prozent der Abgeordneten weiblich. Daher lanciert der Verein Frauenetz Liechtenstein ein neues Projekt, um einen Frauenanteil von mindestens 30 Prozent in Gemeinderäten und im Landtag zu erreichen. Das geht aus dem Eschner Gemeinderatsprotokoll hervor. Um mehr Frauen in die Politik zu bringen, plant der Verein demnach verschiedene Teilprojekte unter den drei Schwerpunkten «Politische Bildung», «Mobilisierung» und «Analyse des Wahlprozesses». Für eine Laufzeit von 8 Jahren sind rund eine

Million Franken budgetiert. In den vergangenen Monaten sei nun nach Geldgebern gesucht worden, erklärt Christine Schädler vom Verein Frauenetz auf Anfrage. Dabei seien auch Regierung und Gemeinden angesucht worden. Die Regierung sprach jedoch keinen Beitrag, da eine Doppelspurigkeit zu bereits existierenden staatlichen Stellen vermieden werden soll. Am Regierungsentscheid orientierten sich auch die Gemeinden.

Anschubfinanzierung steht

Christine Schädler ist dennoch guter Dinge. «Dank Stiftungen haben wir eine Anschubfinanzierung erhalten und konnten loslegen. Ich bin opti-

mistisch, dass sich auch die öffentliche Hand in irgendeiner Form beteiligt, sobald die konkretisierten Projekte auf dem Tisch liegen.» Parallellstrukturen zu schaffen, sei nämlich auch nicht im Interesse des Frauenetzes, stellt Schädler klar. Nachdem lange unklar gewesen sei, ob das Projekt «Vielfalt in der Politik» zustande kommt, befinde sich das Frauenetz derzeit in der letzten Phase der Vorarbeiten.

Start im Februar

Was genau das Frauenetz vorhat, will Schädler noch nicht verraten. Geplant sei, Anfang Februar die Öffentlichkeit in einer «Kick-off-Veranstaltung» zu informieren. (ds)

Serie von «Hoi Quote»

Deutschland konnte am 12. November 2018 100 Jahre Frauenwahlrecht feiern. Dazu veranstaltete das Historische Museum Frankfurt eine grosse Ausstellung mit dem Titel «Damenwahl», die am 30. August 2018 begann und noch bis zum 20. Januar 2019 dauert. Der Kampf der Frauen für ihr Wahlrecht gehört zu den faszinierendsten Seiten der Demokratiegeschichte. Weltweit zogen Frauen auf die Strasse, schrieben Petitionen, organisierten Demonstrationen und hielten Vorträge, auf denen sie das Wahlrecht für die Frau forderten (Aus dem Prospekt zum Buch «Frauenwahlrecht» von Hedwig Richter).

Das kommt uns doch bekannt vor. Ein Kapitel widmet die Ausstellung der Vertretung der Frauen in der Politik. Zu lesen ist, dass, obwohl in Deutschland die grösste Gruppe der Frauen, nämlich 29 Prozent, die CDU gewählt hat, stellte die CDU in ihren Wahlkreisen weniger Frauen auf als Männer und eher in Wahlkreisen mit schlechten Wahlchancen. So sind aktuell nur 19,9 Prozent ihrer Abgeordneten Frauen. Die FDP hat 22,5 Prozent und die AfD 10,6 Prozent weibliche Abgeordnete. Die Grünen hingegen haben einen Frauenanteil von 58 Prozent, die Linken 54 Prozent und die SPD 42 Prozent. «Hier zeigt sich die Wirkung jahrelanger Quotenregelung» (aus Damenwahl S. 242.).

Das ergibt im deutschen Parlament einen Frauenanteil von 29,9 Prozent, im Vergleich zu den 8,3 Prozent in unserem Landtag. Es ist in Deutschland also möglich, wahrscheinlich mit einer repräsentativen Umfrage herauszufinden, wie Frauen oder Männer gewählt haben. Das ginge auch in Liechtenstein. Ebenfalls thematisiert werden die Lohnunterschiede und die daraus re-

Schwarz auf Weiss

Ein europaweiter Kampf um Gleichstellung



HELEN MARXER

sultierenden niedrigen **Renten**. Die Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in Düsseldorf ermittelte 2017, dass Frauen aktuell nur die Hälfte des durchschnittlichen **Renteneinkommens** der Männer bekommen, weil immer noch viele Paare eine traditionelle Rollenaufteilung wählen (ebenda). Gleiche Löhne, bessere Bezahlung der typischen Frauenberufe und mehr ausserhäusliche Betreuungseinrichtungen würden den Frauen eine eigene **Rente** sichern und für ein Auskommen im Alter reichen. Alle Frauen sollen die Möglichkeit haben, ein eigenes, selbstbestimmtes freies Leben führen zu können und dafür ist eine ökonomische Unabhängigkeit im Alter unabdingbar.

Es geht um vieles

Wir können sehen, dass europaweit die Frauen die gleichen Anliegen haben. Um den Frauenanliegen Gehör zu verschaffen, braucht es viele Anstrengungen und Aktionen, denn es geht um Altersarmut, unbezahlte Arbeit bei der Pflege und Kindererziehung, mehr Teilzeitarbeit für

Frauen und Männer, Kinderbetreuung, die Care-Arbeit auf beide Geschlechter zu verteilen. Daneben braucht es Massnahmen gegen die Untervertretung der Frauen in Politik und Wirtschaft und Massnahmen, um die Frauen vor Gewalt und Sexismus zu schützen.

Weil Liechtenstein das letzte Land Europas ohne Frauenstimmrecht war, gelangten Journalistinnen an verschiedene Radiostationen an das sich im Aufbau befindende Frauenarchiv, um Interviews für Radiobeiträge zu machen.

Auf der Homepage des Senders steht: «Die KiRaKa-Reporterin Anne-Rose Heck erzählt in ihrer 45-minütigen Radiogeschichte mit dem Titel «Zu doof zum Wählen» für den Kinderkanal von vielen mutigen Frauen, die sich für das Frauenstimmrecht in Deutschland eingesetzt haben. Sie nimmt uns in die Ausstellung «Damenwahl» des Historischen Museums Frankfurt mit und in das kleine Land Liechtenstein. Dort hat die Gruppe Dornröschen mehrere Jahre für Wirbel gesorgt und gleiche Rechte für Frauen und Männer gefordert, bis dann im Jahr 1984 auch im allerletzten Land Europas das Frauenstimmrecht eingeführt wurde.»

Über die Autorin

Helen Marxer, Feministin.

Mit dieser Beitragsreihe will der Verein «Hoi Quote» Frauen in den Fokus rücken. Mehrere Autorinnen erhalten in einer mehrteiligen Kolumne Raum, ihre persönliche Meinung zu äussern.

ANZEIGE

hoiquote